

AKTUELL

EU-LIEFERKETTEN-REGELUNG

National ist besser

Raymond Klein

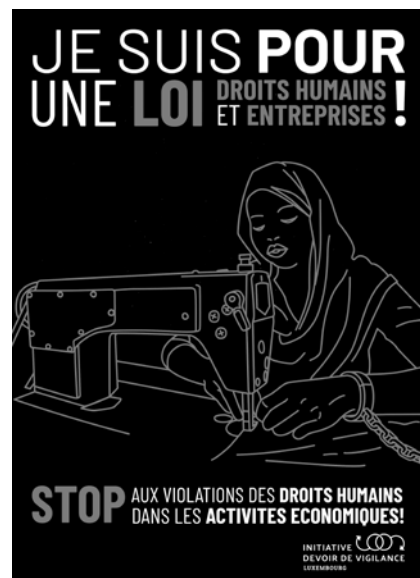
Eine EU-einheitliche Sorgfaltspflicht für Unternehmen in Sachen Menschenrechte, was will man mehr? Doch die Unzufriedenheit der NGOs mit dem Vorhaben kommt nicht von ungefähr.

Der Richtlinienentwurf für faire Lieferketten sei „eine verpasste Gelegenheit“, befand die „Initiative pour un devoir de vigilance“ (NGO-Bündnis für Nachhaltigkeitspflichten) auf einer Pressekonferenz vergangene Woche. Die von der EU-Kommission am 23. Februar vorgelegten Regelungen, über die wir bereits in der woxx 1673 berichtet hatten, seien voller Sonderregelungen und Schlupflöcher, so die Initiative. Zwar sollen neben besonders großen Firmen auch solche in Risikosektoren zur Sorgfalt in ihren weltweiten Wertschöpfungsketten verpflichtet werden. Doch kleine und mittlere Unternehmen (PME) mit weniger als 250 Mitarbeiter*innen (und weniger als 40 Millionen Euro Umsatz) sind grundsätzlich ausgenommen, wodurch die Richtlinie nur auf 0,4 Prozent aller luxemburgischen Firmen anwendbar wäre. Diese „spektakuläre Einschränkung des Geltungsbereichs“, so die Initiative, ignoriere einen großen Teil der perniziösen wirtschaftlichen Transaktionen, denn diese hängen nicht direkt mit der Unternehmensgröße zusammen.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Möglichkeit für Unternehmen, ihre Verantwortung für Menschenrechtsverstöße auf Zulieferer abzuwälzen, indem sie einfach eine diesbezügliche Klausel in die Verträge aufnehmen, ohne deren Einhaltung zu überwachen. Die Initiative lobt die Einführung von Klimaplänen für Unternehmen, befürchtet aber, dass Verstöße in diesem Bereich ohne Folgen bleiben. Beim Umweltschutz gibt es allerdings auch andere interessante Initiativen. So arbeitet die EU an einer Anti-Entwaldungs-Regelung, die Importauflagen für Produkte wie Holz, Soja oder Rindfleisch einführt. Als Teil des #Together4Forests-Bündnisses setzt sich der Mouvement écologique für eine strenge EU-Gesetzgebung ein, mit einem klaren Importverbot für Produkte, die zur Zerstörung von Wäldern führen.

Zwangsarbeit ist ein weiteres Thema, gegen das sowohl mit einer Sorgfaltspflicht als auch mit einem Importverbot vorgegangen werden kann. Im Zuge der Kritik an Chinas Vorgehen gegen die uigurische Bevölkerung entschieden sich zum Beispiel die USA für letztere Möglichkeit, die den im Xinjiang aktiven Unternehmen die Beweislast

für eine von Zwangsarbeit freie Produktion auferlegt. Die Kommission hat das Thema bei der Lieferketten-Richtlinie ausgeklammert und arbeitet an einer separaten Regelung. Auch hier steht die Forderung nach einem strengen Importverbot im Raum – der Verweis auf die USA ist allerdings wenig hilfreich, da die Großmacht in Sachen Zwangsarbeit selber nicht in Konformität mit den internationalen Protokollen ist. Im Ergebnis beschleunigen solche Importbeschränkungen natürlich die Herausbildung von isolierten geopolitischen



WWW.INITIATIVE-DEVOIRDEVIGILANCE.ORG

Blöcken, insbesondere da mit scharfen Gegenmaßnahmen seitens China zu rechnen ist. Ob dann am Ende die von Teilen der Zivilgesellschaft ersehnte Deglobalisierung steht, oder Produkte aus Kinderarbeit im pro-westlichen Indien die aus Zwangsarbeit im anti-westlichen China ersetzen, ist ungewiss.

Streng auch für Banken

Was die Wertschöpfungsketten angeht, so erinnert die Initiative daran, dass die EU-Verordnung über Konfliktmineralien acht Jahre brauchte, bevor sie in Kraft trat. Weil insbesondere der Finanzsektor nicht als Risikobereich definiert wird und also von der künftigen Lieferketten-Richtlinie kaum in die Pflicht genommen würde, fordert die Initiative eine kurzfristige nationale Gesetzgebung, die über die Richtlinie hinausgeht. Ob dies realistisch ist, wie die NGOs suggerieren, sei angesichts der Standortkonkurrenz dahingestellt. Andererseits wäre der Verzicht auf strengere Regeln als die europäischen aber nichts anderes, als zu sagen: „Wenn schon weitere Menschenrechtsverletzungen, dann aber bitte von Luxemburg aus.“

SHORT NEWS

Zahlen zu Gewalt gegen Frauen in Luxemburg

(is) – Jedes Jahr werden Stimmen laut, die den Sinn des Frauenkampftages am 8. März in Frage stellen, doch genauso oft räumen Statistiken zu Gewalt gegen Frauen Zweifel darüber beiseite – so auch eine Statistik des Statec, die diese Woche präsentiert wurde. Die Daten stammen zwar schon aus dem Jahr 2020, sind aber dennoch wichtig: Damals führte das Statistik-Institut, in Zusammenarbeit mit der Police grand-ducale, eine Enquête sur la sécurité durch. In diesem Kontext wurden Menschen ab 16, die in Luxemburg leben, zu ihren Gewalterfahrungen befragt. 20 Prozent der Frauen gaben an, in den zwölf Monaten vor der Datenerhebung Opfer physischer, sexualisierter oder/und psychologischer Gewalt geworden zu sein. Am öftesten kam es zu psychologischen Aggressionen wie Stalking, Belästigung oder Kontrollverhalten in der Beziehung. 12 Prozent der Frauen wurden darüber hinaus im Laufe ihres Lebens vergewaltigt oder sind einem versuchten Missbrauch entkommen. Eine von vier Frauen hat in ihrem Leben mindestens eine Form sexualisierter Gewalt erlebt. Ergänzend zu den Zahlen des Statec, bietet sich ein Blick auf den Bericht des Comité de coopération entre les professionnels dans le domaine de la lutte contre la violence aus dem Jahr 2020 an: Die gemeldeten Fälle häuslicher Gewalt erreichten hiernach 2020 ihren Höchststand seit 2011. Rund 60 Prozent der Opfer waren weiblich.

Fahrradgerechte Stadt: Rolle rückwärts in Diefkirch

(rg) – In Diefkirch gibt es seit mehr als einem Jahrzehnt Einbahnstraßen, welche Radfahrer*innen in Gegenrichtung zum Autoverkehr nutzen können. Sie wurden seinerzeit von der schwarz-grünen Gemeindeführung unter Berücksichtigung der dafür geltenden Auflagen der Straßenbauverwaltung eingerichtet. Es galt Radfahrer*innen zu erlauben, die Stadt zu durchqueren, ohne dabei die vom Autoverkehr überlasteten Hauptverkehrsadern nutzen zu müssen. Die Öffnung von Einbahnstraßen für Fahrräder gilt, neben breit angelegten 30-Kilometer-Zonen, als ein wichtiger Schritt in Richtung fahrradgerechte Stadt. So wird die Sicherheit der Radfahrer*innen verbessert und ihre Bereitschaft, das Fahrrad für kurze Strecken zu nutzen, erhöht. Doch damit soll jetzt in Diefkirch Schluss sein – ausgerechnet aus Sicherheitsbedenken. Laut neuem Verkehrsreglement, das bereits verabschiedet, aber noch nicht umgesetzt ist, sollen sämtliche „Sens uniques“ für Fahrräder in Gegenrichtung gesperrt werden. Das hat jedenfalls eine Unterredung von Meco Nordstad und Provelo mit dem (nach dem Wechsel des Bürgermeisters ins Ministeramt) neu zusammengesetzten Diefkircher LSAP-Schöffenrat ergeben. Das Argument, wonach Fahrräder, die in Gegenrichtung zum Einbahnverkehr unterwegs sind, sich größerer Gefahren ausgesetzt sehen, ist nicht neu, galt aber als längst ausdiskutiert. Es stimmt, dass in der Umstellungsphase Autofahrer*innen oft nicht mit entgegenkommenden Rädern rechnen. Doch mit der Zeit und bei ordentlicher Ausschilderung kommt man in der Regel gut aneinander vorbei. Bei unseren belgischen Nachbarn zum Beispiel gilt deshalb eine solche Regelung als der Normalfall. Vielleicht sollte die Diefkircher Gemeindeführung sich am kommenden Mittwoch Zeit nehmen und am von Provelo organisierten Seminar zur „transformation cyclable des communes“ teilnehmen (siehe Seite 6), bevor sie das jetzt Beschlossene tatsächlich umsetzt.

Hälfte der Bäume in Luxemburger Wäldern krank

(ja) – Am vergangenen Montag stellte die Naturverwaltung (ANF) die Resultate des phytosanitären Inventars 2021 vor. Jährlich überprüfen Expert*innen den Gesundheitszustand der luxemburgischen Wälder. Dabei konnte 2021 eine leichte Erholung festgestellt werden, im Allgemeinen ist der Zustand der Wälder jedoch schlecht. Lediglich an 16 Prozent der Bäume wurden keine Schäden festgestellt, während an über 51 Prozent schwere Schäden diagnostiziert wurden. Besonders bedrohlich ist der Zustand der Buche, der meistverbreitetste Baumart in Luxemburg. Nur 1,4 Prozent der Buchen waren komplett gesund, während beinahe drei Viertel schwere Schäden aufwiesen oder abgestorben waren. Angesichts dieses erschreckenden Zustandes der Wälder hat die ANF bereits Ende letzten Jahres beschlossen, weniger Bäume zu ernten (siehe woxx 1660). Außerdem werden die Subventionen für verschiedenste Arbeiten im Wald, wie etwa Aufforstung, massiv erhöht.